

Solidarität zwischen Selbstausbeutung und Selbstermächtigung

Flüchtlinge. Gelebte Solidarität in Zeiten unmenschlicher Grenzregime.

Seit Wochen beherrscht der sogenannte „Flüchtlingsstrom“ die Medien. Doch auch in den Köpfen und viel mehr noch in den Herzen vieler ÖsterreicherInnen sind die Schutzsuchenden angekommen. Während wir ein Versagen der staatlichen Strukturen auf europäischer Ebene erleben, schaukeln Freiwillige in ungebrochener Hilfsbereitschaft fast die komplette Versorgung.

Gelebte Solidarität und menschliche Schönheit

In Anbetracht der Geschichte könnte Österreich auf ein großes Knowhow in Sachen Erstversorgung zurückgreifen. Doch die Realität zeigt ein anderes Bild. Mit der Demonstration in Wien Anfang Oktober haben über 100.000 Menschen ein starkes Zeichen gegen die herrschende Asylpolitik ge-

setzt. Nach dem Öffnen der Fluchtwege organisierten binnen Stunden Freiwillige gemeinsam mit Sozialorganisationen die gesamte Erstversorgung. Mit berührender Professionalität und Herzlichkeit werden die Flüchtlinge an Bahnhöfen und in Lagern fernab von staatlichen Strukturen und politischer Unterstützung versorgt. „Train of Hope“ (Wiener Hauptbahnhof) und „Wir helfen“ (Westbahnhof Wien) sind nur zwei Beispiele eines unbeschreiblich schönen Ausdrucks der aktuellen Solidarität.

Hilfe den HelferInnen

Nach Wochen der Aktivität stoßen die HelferInnen an ihre Grenzen. Die ArbeiterInnen- und Frauenbewegung haben durch Eigeninitiative und freiwilligen Arbeit vieles dazu beigetragen bzw. erkämpft, was heute als

„Sozialstaat“ bekannt ist. Die HelferInnen haben gezeigt, dass sie die Arbeit besser (und v.a. menschlicher) machen als privatwirtschaftliche Organisationen wie z.B. ORS (eine profitorientierte Firma, die etwa Traiskirchen verwaltet). Einige Initiativen haben sich bereits zusammengeschlossen, um nun politisch Druck zu machen, etwa die „Plattform Solidarität“ in Oberösterreich. Wir fordern daher:

- ★ Dienstfreistellung bei Solidaritätsarbeit
- ★ Arbeitsverhältnisse dürfen nicht durch ehrenamtliche Tätigkeit ersetzt werden. Ausreichende Finanzierung der Hilfsorganisationen, um genügend Personal für die Flüchtlingsbetreuung einstellen zu können. Bezahlung analog der branchenüblichen Kollektivverträge.
- ★ freier Zugang zu und Verwaltung von materiellen Ressourcen (Un-



terkünfte, Essen, medizinische Versorgung, ...), die für die Flüchtlingsarbeit notwendig sind

- ★ volle Information über flüchtlingsrelevante politische Entscheidungen und Verhandlungen
- ★ permanente Begleitung durch TraumatherapeutInnen, SozialarbeiterInnen und DolmetscherInnen

Viele weitere interessanter Artikel zu Kampfmaßnahmen und Aktionen im Gesundheits- und Sozialbereich findest du auf unserer website www.gpa-djp.at/dieganzepalette

Die Langfassung dieses Artikels findest du etwa unter: <http://bit.ly/1h2YUQ9>.

Solidarität im Sozial- und Gesundheitsbereich Veranstaltung mit Podiumsdiskussion

Die Arbeitsbedingungen im Sozial- und Gesundheitsbereich haben sich in den letzten Jahren durch Ökonomisierung und Sparpolitik zunehmend verschlechtert. Um gemeinsam für unsere Interessen eintreten zu können, brauchen wir Zusammenhalt im Kampf um einen „Sozialausbau“ und bessere Arbeitsbedingungen, d.h. für mehr Lohn und zusätzliches Personal!

Wir wollen daher Spaltungsmechanismen näher beleuchten, die Solidarität untergraben, und gemeinsam erarbeiten, wie wir diese überwinden können. Inputs dazu liefern am

Donnerstag, den 29. Oktober 2015 um 18 Uhr 30

in der

**Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags
Rathausstraße 21, 1010 Wien**

- ★ Fanny Müller-Uri (Rassismusforscherin) zu sozialen Zuschreibungen
- ★ Diane Branellec (Betriebsrätin Vertretungsnetz) zu Veränderungen in Arbeitswelt und Gesellschaft
- ★ Lis Mandl (Betriebsrätin VKKJ) zu Konkurrenzverhältnissen und Profitdenken
- ★ Axel Magnus (Betriebsratsvorsitzender SDW) zu arbeitsrechtlichen Spaltungen

AUSGESPIELT! Es reicht!

Die Themenplattform Elementar-, Hort und FreizeitpädagogInnen ruft zur Protestaktion am

Mittwoch 21. Oktober 2015, 17 Uhr 30

Friedrich-Schmidt-Platz/ Felderstraße, (hinter dem Rathaus), 1010 Wien

Die derzeitigen Rahmenbedingungen sind alles andere als hilfreich, um den steigenden Förderbedarf sowie den gestiegenen pädagogischen Anforderungen nachzukommen. Es ist nötig, in Qualität zu investieren! Daher fordern wir gleich nach den Wahlen von den dann politisch Zuständigen, dass Gesetz und Verordnungen rasch novelliert werden.

Wir fordern 1. einheitliche gesetzliche Bestimmungen für alle Bildungs- und Betreuungseinrichtungen mit Kindern, die öffentliche Förderungen erhalten, 2. einen PädagogInnen-Kind-Schlüssel und eine Kinderanzahl pro geführter Gruppenform entsprechend modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen, 3. 25% Vorbereitungszeit und bewegungsfreundliche räumliche Bedingungen! Fordern wir die neue Landesregierung von Beginn an!

Mobilisiere mit und komm mit KollegInnen und solidarischen Menschen! Gemeinsam sind wir stärker!